

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

12. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. März 2001, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

in Vertretung für Jürgen Weber

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Bericht des Finanzministeriums zur Veräußerung des Kieler Schlosses | 4 |
| 2. Rückruf der Sammlung Gerlinger aus dem Landesmuseum Schloss Gottorf | 5 |
| 3. a) Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an Beruflichen Schulen | 7 |
| Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/757 Nr. 2 | |
| b) Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/734 | |
| c) Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/737 | |
| 4. Internat Schloss Plön | 8 |

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministeriums zur Veräußerung des Kieler Schlosses

(vergleiche 2. Bildungsausschusssitzung am 18. Mai 2000)

St Döring trägt vor, man stehe in Verhandlungen mit mehreren Investoren über den Verkauf der gesamten Liegenschaft (denkmalgeschützter Rantzaubau, Schloss, Konzertsaal, Tiefgarage), die nach dem Umzug der Landesbibliothek und des Landesamtes für Denkmalpflege im ersten Quartal 2002 in den Sartorispeicher entbehrlich sei. Die Verwaltung des Kieler Schlosses sei zum Jahresende aufgelöst worden; der Veranstaltungsbetrieb werde durch eine Kieler Agentur im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages sichergestellt. Nachdem die Stadt Kiel kein eigenes Nutzungsinteresse habe, zeichne sich eine Nutzung der Liegenschaft als Hotel mit Tagungsbetrieb ab. Die Entscheidung, an wen das Kieler Schloss verkauft werde, werde bis Mitte des Jahres getroffen.

Abg. Schwarz spricht sich dafür aus, den denkmalgeschützten Rantzaubau seitens des Staates nicht zu veräußern, sondern als Museum zu nutzen.

Abg. Dr. Klug regt an, im Rantzaubau die Landesgeschichtliche Sammlung unterzubringen.

St Döring und M Erdsiek-Rave erwidern, dass sich der Rantzaubau aufgrund des räumlichen Zuschnitts für die Nutzung eines modernen Ansprüchen genügenden Museums nicht eigne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Abzug der Sammlung Gerlinger aus dem Landesmuseum Schloss Gottorf

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass man seit Jahren versucht habe, mit Professor Gerlinger eine vertragliche Regelung für die Überlassung der Sammlung, von der auch der Sammler erhebliche Vorteile habe (wissenschaftliche Bearbeitung und Katalogisierung, öffentliche Präsentation), was den Wert der Sammlung nach Meinung von Experten um mindestens ein Drittel habe steigen lassen, zu treffen: im November 1995 der damalige Staatssekretär Swatek, im März 1999 Sie in einem Gespräch mit Herrn Gerlinger anlässlich der bevorstehenden Verleihung eines Ehrentitels durch die Ministerpräsidentin. In einem Brief vom Dezember 1999 von Professor Gerlinger an Sie heiße es: „Versichern darf ich Ihnen, dass Sie schon derzeit von einer langfristigen Regelung der Überlassung der Sammlung ausgehen können. Meine Überlegungen und Pläne... zielen darüber hinaus auf eine künftige dauerhafte Lösung.“

In der Sitzung des Freundeskreises Schloss Gottorf im November 2000 habe Professor Gerlinger überraschend eine mehrseitige Philippika gegen das Landesmuseum und insbesondere dessen Leiter, Dr. Guratzsch, im Hinblick auf den Umgang mit seiner Sammlung verlesen. Nachdem eine Verständigung zwischen Dr. Guratzsch, Dr. Miethke und Professor Gerlinger nicht hergestellt werden können, hätten die stimmberechtigten Mitglieder des Stiftungsrates die Ministerin beauftragt, Professor Gerlinger aufzufordern, sich bis Ende des ersten Halbjahres 2001 über den Status der Sammlung zu erklären. Daraufhin habe Professor Gerlinger den Abzug seiner Sammlung zum 31. März 2001 verkündet.

Wenngleich diese Entwicklung für Gottorf sehr bedauerlich sei, dürfe hinsichtlich der Bewertung nicht außer Acht gelassen werden, dass Professor Gerlinger zum Teil in unerträglicher Weise mit Mitarbeitern des Museums umgegangen sei und immer wieder neue Forderungen gestellt habe, ohne auf den für Gottorf verständlichen und notwendigen Wunsch einzugehen, den Status der Sammlung zu klären - was im Übrigen bei anderen Stiftern zunehmend auf Kritik gestoßen sei.

Abg. de Jager möchte vom Ministerium wissen, warum es auf einer Überlassung der Sammlung bestanden habe, während man sich in anderen Fällen mit dem Status von Dauerleihgaben begnüge.

Abg. Dr. Klug weist auf die Intention der Überführung des Landesmuseums in eine Stiftung hin, in Zeiten knapper öffentlicher Kassen möglichst viele Zustiftungen und Sammlungen von privater Seite für das Museum zu akquirieren.

M Erdsiek-Rave weist noch einmal darauf hin, dass man sich in einem rechtsfreien Raum bewegt habe und es über den Status der Gerlinger Sammlung - weder als Dauerleihgabe noch als Überlassung noch als Schenkung - sechs Jahre lang keinerlei schriftliche Abmachungen gegeben habe. Die Aufnahme weiterer Sammlungen müsse im Hinblick auf das Konzept des Landesmuseums kritisch überprüft und im Interesse der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen sowie der Sammlungen auf dauerhaft verbindliche, vertragliche Regelungen Wert gelegt werden. Die Ministerin macht darauf aufmerksam, dass Dr. Guratzsch für die Wiederherstellung des Fürstengartens bereits 5 Millionen DM private Gelder akquiriert habe.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass der Stiftungsrat, in dem die Stifter vertreten seien, bei größeren Stiftungen zustimmen müsse, und legt Wert darauf, dass in jedem Fall eine rechtsverbindliche Regelung mit den Stiftern getroffen werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Referendarbezüge für Lehramtsanwärter an Beruflichen Schulen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/757 Nr. 2

b) Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/734

c) Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/737

(überwiesen am 21. Februar 2001)

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt M Erdsiek-Rave mit, die Kultusministerkonferenz habe sich dafür ausgesprochen, die Referendarbezüge für alle Lehrämter zu erhöhen. Den Vorstoß der Bundesregierung allerdings, den Bundesländern eine unterschiedliche Besoldung der Eingang- und ersten Beförderungsämtel von Lehrkräften zu ermöglichen, lehne Schleswig-Holstein mit Blick auf die bundesweite Konkurrenzsituation ab.

Der Ausschuss beschließt, bis zur Sitzung am 3. Mai 2001 zu den CDU-Anträgen schriftliche Stellungnahmen von GEW, BLBS, VLW, DGB, IHK, Handwerkskammern, Landesschülervertretung der Beruflichen Schulen und Landesarbeitsamt einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Internat Schloss Plön

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug räumen M Erdsiek-Rave und RL Popken ein, dass der unvermittelte Beginn der Arbeiten des Baubiologen im Schloss Empörung ausgelöst habe, die jedoch zwischenzeitlich gestoppt und ebenso wie die Arbeiten der Restauratoren im Zeitplan nach hinten verschoben worden seien. Am 1. März habe im Plöner Schloss ein Verständigungsgespräch mit den Eltern stattgefunden; die gerichtliche Auseinandersetzung über die Arbeiten im Schloss habe ihren vorläufigen Abschluss durch die Entscheidung des Amtsgerichts Plön gefunden.

Auf eine Frage von Abg. Birk teilt RL Lubeseder mit, zurzeit besuchten noch 70 Schülerinnen und Schüler das Internat, am Schuljahresende noch 50. Die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder am Internat in St. Peter anzumelden beziehungsweise die vorübergehende Unterbringung auf dem Koppelsberg zu nutzen, sei sehr zögerlich. Die älteren Internatler gingen dazu über, Wohngemeinschaften vor Ort zu bilden, jüngere Internatler gingen zum Teil in die Elternhäuser zurück.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer